

Illegales Skalpell-Drama in Wien: 35-Jähriger Arzt vor Gericht!

In Wien-Landstraße wurde eine illegale Ordination entdeckt, die zu schweren Verletzungen einer Frau führte. Der Prozess beginnt bald.



Wassergasse, 1030 Wien, Österreich - In Wien-Landstraße fiel am 11. Februar die Entscheidung, eine illegale Ordination in einer Wohnung in der Wassergasse zu betreiben. Der 35-jährige Georgier Zurab K. wollte einer 59-jährigen Frau eine Halsstraffung anbieten – ein Eingriff, der schließlich schwerwiegende Folgen nach sich zog. Wie **Krone** berichtet, führte der Angeklagte mehrere Schnitte im Halsbereich durch, was zu massiven Schwellungen und Atemproblemen führte. Die Frau musste notoperiert und intensivmedizinisch behandelt werden, nachdem ihre Schwester um Hilfe rief. Für den Eingriff verlangte der Angeklagte 1600 Euro, jedoch mangelte es an jeglicher Notfallausstattung.

Der Vorwurf gegen Zurab K. ist gravierend: Er hat, obwohl er in Georgien als angesehener Arzt gilt, keine Berufserlaubnis in Österreich. Er gab bei seiner Festnahme an, ursprünglich den Plan verfolgt zu haben, Kundinnen anzuwerben und die Eingriffe in seiner Heimat durchzuführen. Dabei informierte er die Frau in englischer Sprache über die Risiken, doch die Aufklärung war unzureichend und professionell nicht tragbar. Der Prozess findet am Donnerstag im Wiener Landesgericht für Strafsachen statt, und dem Angeklagten drohen Haftstrafen von ein bis zu zehn Jahren.

Ein Blick auf die internationale Dimension

Diese Vorfälle sind Teil eines größeren Kontextes, der die Gesundheitspolitik und das internationale Drogenrecht umfasst, wie verschiedene Analysen zeigen. Die internationale Drogenpolitik wird durch ein striktes Regime geregelt, das auf dem Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel von 1961 basiert und von Konventionen wie der über psychotrope Substanzen von 1971 und der gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen von 1988 ergänzt wird. Interessanterweise zeigen aktuelle Trends, dass immer mehr Länder alternative Ansätze, wie Schadensreduzierung oder sogar die Legalisierung von Cannabis, verfolgen. Dies steht im Gegensatz zu den traditionell repressiven Maßnahmen der Drogenpolitik.

So haben beispielsweise Länder wie Portugal den Besitz von Drogen für den persönlichen Konsum 2001 entkriminalisiert, was zu positiven Ergebnissen in Bezug auf die öffentliche Gesundheit führte. [bpb.de](https://www.bpb.de) beleuchtet, dass die Legalisierung und Entkriminalisierung von Drogen in mehreren Staaten einen neuen Diskurs über die Drogenpolitik angeschoben hat, der sich zunehmend von der repressiven Haltung wegbewegt. Solche Reformen schaffen jedoch Spannungen mit bestehenden internationalen Regelungen und zeigen, dass der Weg zu einem umfassenden Wandel der Drogenpolitik noch weit ist.

Der Fall Zurab K. macht deutlich, dass die Gefahren im

Zusammenhang mit illegalen medizinischen Eingriffen und dem Drogenhandel in Wien nicht zu unterschätzen sind. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen dieser Fall nicht nur für den Angeklagten, sondern auch für die öffentliche Diskussion über Drogen und illegale Aktivitäten in Österreich haben wird.

Details	
Ort	Wassergasse, 1030 Wien, Österreich
Quellen	• www.krone.at • wien.orf.at • www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: mein-wien.net